

## DAFÜR STEHT DIE SPD

### DAFÜR STEHT DIE MERZ-CDU

Wirtschaft 10% Made-in-Germany Bonus gezielt für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland.

Milliardenschwere Steuergeschenke aus der Gießkanne

Ein Deutschlandfonds, mit dem wir unser Land renovieren, und eine Reform der Schuldenbremse.

400-Milliarden-Loch ohne Gegenfinanzierung. Das heißt weniger für Bildung, Zukunft, Bundeswehr.

Eine stabile Rente für alle Generationen, mit Rentenniveau dauerhaft bei 48 % und Rente nach 45 Jahren.

Kein Konzept für 48 % Rentenniveau und Wackeln bei der Rente nach 45 Jahren.

Mindestlohn 15 € Mindestlohn ab 2026 für 7 Millionen Arbeitnehmer\*innen.

Keine Anhebung des Mindestlohns.

Entlastungen für die 95 %, für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Steuersenkung vor allem für das obere 1 %, für Spitzenverdiener.

Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel.

Mehrwertsteuersenkungen nur auf Restaurantbesuche.

Ein Deckel für Pflegekosten bei 1.000 €, der Überforderung verhindert.

Mehr „Markt“ und „Eigenverantwortung“ bei Gesundheit und Pflege.

Faire Besteuerung von Erbschaften, Milliardenvermögen, Kapitaleinkünften.

Kürzungen bei den Arbeitslosen.

Unbefristete Verlängerung der Mietpreisbremse.

Keine eindeutige Haltung zur Zukunft der Mietpreisbremse.

Moderne und sanierte Kitas und Schulen mit kostenlosem Mittagessen.

Keine Priorität für Kitas und Schulen im Programm.

Ein Bundeskanzler, der auch in internationalen Krisen einen kühlen Kopf bewahrt.

Ein Hitzkopf ohne Regierungserfahrung, der mit der Sicherheit Deutschlands spielt.

## Aus dem Gemeinderat

### Neubau der Kläranlage:

Dem zu diesem Vorhaben gegründeten Zweckverband „Ahlbachgruppe hoch 5“ gehören die 5 Gemeinden Waldbüttelbrunn, Eisingen, Hettstatt, Kist und Waldbrunn an. Das Finanzierungsmodell wurde lange kontrovers diskutiert. Erst Anfang 2024 wurde auf Vorschlag der Kommunalaufsicht eine Lösung gefunden. Der Kostenverteilungsschlüssel basiert auf Einwohnergleichwerten. Danach fallen auf Eisingen 22 % der Gesamtkosten von 32,5 Millionen Euro. Die Geschäftsleitung und die Technische Leitung wurden der Geschäftsleitung und dem Bauamt der Gemeinde Waldbrunn übertragen. Baubeginn soll 2025 sein, Inbetriebnahme grob 2028.

### Planungen Gewerbegebiet:

auf den ehemaligen Südzuckerflächen auf der Gemarkung Höchberg zwischen ALDI und B 27. Ist eine Planungserweiterung auf Eisinger Gemarkung zwischen Erbachshof und B27 möglich? Für die Eisinger SPD hatte schon Horst Pfau dort eine Erschließung für Gewerbe im Plan; später hat die SPD für das von Höchberg angestrebte Interkommunale Gewerbegebiet plädiert, in der letzten GR-Periode haben wir, die SPD, die Erstellung eines Flächennutzungsplans für diese Fläche beantragt, ohne Erfolg. Auf der Bürgerversammlung vor kurzem haben wir Gemeinderäte erfahren, dass zu dem Thema am 28. Janu-

ar 2025 eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte Eisingen/Höchberg stattfinden soll.

### Photovoltaik-Flächen:

Im Bauausschuss wurde eine Ausarbeitung unseres Stadtplaners Wegner zustimmend zur Kenntnis genommen. In einem Plan der Eisinger Gemarkung sind drei Flächen eingezeichnet, die für die Errichtung von Freiflächen-Voltaikanlagen empfohlen sind. Investoren sollen ausschließlich auf diese Flächen verwiesen werden. Anmerkung: In Eisingen gibt es noch viel Dachflächenpotential, das zur Verhinderung oder zumindest zum reduzierten Bau von Freiflächen-Voltaik beitragen könnte.

### Rollsportanlage:

Auf einer Fläche zwischen B 27 und Guttenberger Forst bei der Einmündung der Eisinger Kreisstraße in die B 27 (nahe Spargelhäuschen) ist eine Rollsportanlage geplant. Die Planung läuft im Rahmen eines sog. LEADER-Projekts. Die Anlage ist für alle Altersstufen und auch als inklusiver Anlaufpunkt gedacht für die Gemeinden Höchberg, Eisingen, Waldbrunn, Kist und Waldbüttelbrunn. Die LEADER-Förderung beträgt bis zu 60 %. Der Eisinger GR hat dem Projekt und der damit verbundenen Kostenbeteiligung (von ca. 10.000 €) zugestimmt. Wir von der SPD sehen in dem Projekt den Vorteil einer zentralen und damit vielfältiger gestaltbaren Anlage gegenüber ggf. Einzelanlagen jeder der beteiligten Gemeinden.



# Bei uns in Eisingen

SPD  
Eisingen

Berichte und Meinungen • Worte und Tatsachen  
Januar 2025

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das „Neue“ Jahr ist wahrlich noch jung, und so möchten wir allen Eisinger Bürgerinnen und Bürgern zunächst ein gutes, gesundes und friedliches Neues Jahr wünschen!

Ja, das neue Jahr bringt uns auch recht bald neue Wahlen – außerplanmäßig: **die FDP hat**, das ist nun allseits bekannt, **die Koalition bewusst und vorsätzlich scheitern lassen**.

Vieles ist aber erreicht worden in insgesamt äußerst krisenhaften Zeiten: Genau vor vier Jahren, im **Januar 2020** traten die ersten Fälle von **Covid 19** in Deutschland auf. Ein Ereignis, für das es bislang keine Blaupause gab, eine solch durchgreifende gesundheitliche Bedrohung war bis zu diesem Zeitpunkt noch nie aufgetreten.

Und im Höhepunkt dieser Pandemie übernahm am 8. Dezember 2021 Olaf Scholz mit der Ampelkoalition die Regierungsverantwortung. Wir alle wissen noch, welche einschneidenden Entscheidungen die damalige Bundesregierung mit allen verantwortlichen Ministerien treffen musste.

– Ohne **Coronahilfen** in beträchtlichem Ausmaß hätte unsere Wirtschaft nur schwer überleben können.

- **Kurzarbeitergeld,**
- **Hilfen für Kunst und Kultur,**
- **Steuerstundungen und**
- **Konjunkturprogramm**

haben geholfen, den Corona-Schock abzumildern und eine schnelle konjunkturelle Wende zu ermöglichen.

Kurz nach Amtsantritt von Kanzler Scholz dann, im Februar 2022, **überfiel Russland die Ukraine** und löste die

bislang schwerste politisch-militärische Krise in Europa aus.

Der Wegfall der russischen Gas- und Öllieferungen bedeutete eine ökonomische und gesamtgesellschaftliche Krise, die mit keiner der früheren „Energiekrisen“ vergleichbar war.

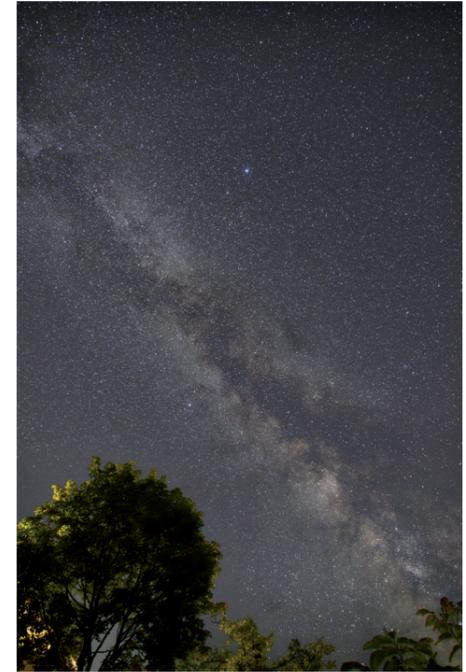
**Großflächige Hilfen** für die Bürgerinnen und Bürger und vor allem für die Wirtschaft haben uns alle, darüber besteht kein Zweifel, diese Energiekrise relativ gut überstehen lassen.

Eine **ausgewogene, nüchtern kalkulierende Politik**, die gerade auch uns „einfache“ Bürger genau im Blick hat, hat dazu geführt, dass wir diesen „Energieschock“ überstanden haben. Auch scheint die durch diese Energiekrise ausgelöste **Inflation** zumindest ein klein wenig abgemildert zu sein. Der Ukraine-Krieg freilich tobt weiter. Auf ein Ende dieses Krieges hoffen wir alle sehnsüchtig, gerade auch im Hinblick auf das Ukrainische Volk, das letztlich zum Spielball der strategischen Interessen der Großmächte geworden ist.

**Besonnenheit** – das ist es, was unsere Politik in jeder Hinsicht nun braucht. Diese Besonnenheit, die von etlichen Heißspornen als Zögerlichkeit kritisiert wird, wird uns weiter auf einem rationalen politischen Weg begleiten, wenn wir für eine künftige Regierung unter einem Kanzler Scholz votieren.

**Erfahrene Politik mit Augenmaß**, besonnenes, verantwortungsvolles Handeln in schwierigen Zeiten – das ist es, **was Deutschland weiterhin braucht**.

d.Red.



Die Milchstraße über Eisingen  
Astrofoto: Hans Kohl

*Als zart schimmerndes Band zieht sie sich in einem großen Bogen über den Nachthimmel. Auch von Eisingen aus kann sie mit bloßem Auge, besonders in klaren Neumondnächten, gut am Ortsrand oder in der Feldflur gesehen werden.*

*Schon in der Antike faszinierte der Anblick der Milchstraße die Menschen und regte zu Überlegungen an, um was es sich dabei handelt. So wurde u.a. vermutet, dass die Göttin Hera, welcher der neugeborene Herakles heimlich zum Säugen angelegt wurde, das Kind von sich gestoßen habe und dabei ihre Milch über den Himmel spritzte.*

*Erst nach Erfindung des Fernrohrs konnte erkannt werden, dass es sich um viele Milliarden Sterne handelt, die in einer riesigen Scheibe als Spirale um ein gemeinsames Zentrum rotieren, eine Galaxie.*

*Heute kann mit relativ einfachen Mitteln die gesamte Pracht unserer Milchstraße fotografisch festgehalten werden. Damit können die verschiedenfarbigen Sterne, die Sternentstehungsgebiete, Staub und Gasansammlungen, Sternhaufen usw. sichtbar gemacht werden.*

## Achtung „Fake-News“!

In den letzten Jahren gab es in den politischen Diskussionen viele Falschbehauptungen, insbesondere zu den Themen Atomstrom und Bürgergeld.

### 1. Atomstrom

Am 15. April 2023 sind die drei letzten deutschen Atomkraftwerke Emsland, Neckarwestheim und Isar 2 abgeschaltet worden. Sie lieferten am Ende ihrer Laufzeit zusammen (nur) ca. 6 % des deutschen Stroms. Eine Laufzeitverlängerung aller drei AKW hätte nach einer Berechnung des ifo-Instituts zu einem um (nur) 2 % niedrigeren Strompreis geführt. Aufgrund des seither erfolgten weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien dürfte dieser Wert jetzt noch niedriger sein. Laut CDU-Grundsatzprogramm könne Deutschland auf die Kernkraft als Option nicht verzichten. Und CSU-Chef Markus Söder will Isar 2 wieder in Betrieb nehmen. CDU und CSU ignorieren damit nicht nur alle Fakten, sondern sie wollen durch **gezielte Falschbehauptungen** die Energiepolitik von SPD und Grünen als Ideologie hinstellen. Außerdem soll von eigenen Versäumnissen in Bayern abgelenkt werden.

**Falschbehauptung 1: CSU-Generalsekretär Martin Huber am 18.12.2023 auf X: „So dreckig wie jetzt war der deutsche Strom seit Jahren nicht. Eine Koalition der Versager: Stromangebot verknappten, ... Strompreis in die Höhe treiben, CO<sub>2</sub>-Ausstoß massiv steigern.“ Jens Spahn, CDU, sprach von einer „Kohle-Koalition“.**

Tatsächlich gab es im Dezember 2023 ein paar Tage mit sehr wenig Wind und sehr wenig Sonne und einer überdurchschnittlich hohen Kohleverstromung. Auf das ganze Jahr 2023 gesehen betrug aber der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien ca. 60 %, so viel wie noch nie. Und: Deutschland hat im Winter 23/24 ca. 29 % **weniger Kohle verstromt** als im Winter davor, als die drei AKW noch am Netz waren. Wenn man **alle fossilen Energieträger** betrachtet, so ist deren Verstromung in Deutschland im ersten Jahr nach dem Atomausstieg (16.4.2023-15.4.2024) um 55 Terawattstunden **gesunken** im Vergleich zum Jahr vor dem Atomausstieg (16.4.2022-15.4.2023).

**Der deutsche Strom wurde also sauberer, nicht schmutziger!**

**Falschbehauptung 2: Markus Blume, CSU: „Deutschland kommt nur mit französischem Atomstrom über den Winter.“**

Tatsächlich hat Deutschland im ersten Jahr nach dem Abschalten der letzten drei AKW seit langem wieder ein bisschen mehr Strom importiert als exportiert. Allerdings ist nicht jede importierte Wattstunde auch Atomstrom. Der importierte Strom stammte nur zu ca. 25 % aus Atomkraft, hingegen zu ca. 50 % aus erneuerbaren Energiequellen. Ob sich Herr Blume über importiertes Uran aus Russland zum Betrieb der AKW genauso aufregen würde, wie über ein paar importierte Kilowattstunden Strom?

**Begleitet wird die Abhängigkeits-Lüge noch von der Illusion vom angeblich billigen Atomstrom.** In Frankreich deckelt der Staat den Preis für Atomstrom, ansonsten wäre er für Menschen mit niedrigem Einkommen oder die Industrie nicht bezahlbar. In England laufen gerade die Kosten für den geplanten Atommeiler Hinkley Point C aus dem Ruder. Zurzeit geht man von 40 Milliarden Euro aus, Ende offen. Was ist nun ideologisch? Das krampfhaftes Festhalten an der Atomkraft oder der Ausbau der erneuerbaren Energien?

**Die Realitätsverweigerung der CSU in Sachen Atomkraft ist verständlich, wenn man sich das Versagen der bayerischen Staatsregierung genauer anschaut.**

In Bayern wurden 2023 ca. 20 Terawattstunden Strom weniger produziert, als verbraucht wurden. Die Stromproduktion erreichte 2023 den niedrigsten Wert seit Ende der 80er Jahre. Das liegt nur zu einem Teil an der Abschaltung von Isar 2. Hauptsächlich liegt es an der Verhinderung des Ausbaus der Windenergie durch die CSU durch strenge Genehmigungs-voraussetzungen (sogenannte 10-H-Regel: Ein Windrad mit z.B. 150 m Nabenhöhe muss zu einer Wohnbebauung mindestens 1500 m Abstand halten). Gleichzeitig wurde durch die CSU der Bau von Stromleitungen, die Windstrom aus dem Norden nach Bayern transportieren sollen, blockiert. Horst Seehofer verlangte Kabel unter der Erde statt oberirdisch. Laut dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT könnten die Leitungen bereits seit 2022 fertig sein, und das zum halben Preis im Vergleich zu Erdkabeln. Deshalb bleibt der in Norddeutschland produzierte Strom teilweise ungenutzt, während in Bayern teure Ersatzkraftwerke zugeschaltet werden müssen.

**Fazit: CSU hat Windkraft verhindert, Stromleitungen verhindert, die Zeche zahlen Sie und die Industrie über unnötig hohe Strompreise.**

### 2. Bürgergeld

CDU, CSU und AfD versuchen seit Jahren, mit Falschbehauptungen das Bürgergeld **und die Menschen, die darauf angewiesen sind**, in Verruf zu bringen.

**Falschbehauptung 1: Das Bürgergeld ist so hoch, dass es sich nicht mehr lohnt zu arbeiten.**

Das Existenzminimum ist der Betrag, den ein Mensch unbedingt braucht, um menschenwürdig leben zu können. Es wird gesetzlich festgelegt, aber nicht willkürlich, sondern der Gesetzgeber orientiert sich an der bestehenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Die gesetzlichen Vorgaben zum Existenzminimum können vom BVerfG geprüft und verworfen werden. Das Bürgergeld dient der Sicherung des Existenzminimums. D. h., wer kein Einkommen hat, erhält Bürgergeld in Höhe des Existenzminimums. Wer Einkommen, z.B. aus Arbeit, hat, dieses Einkommen aber unter dem Existenzminimum liegt (sei es, weil der Lohn sehr niedrig ist oder weil man nur Teilzeit arbeiten kann, aus gesundheitlichen oder familiären Gründen), erhält Bürgergeld zur Aufstockung bis zur Höhe des Existenzminimums. 2023 gab es ca. 800.000 Aufstocker, ca. 500.000 weniger als 9 Jahre zuvor, wohl auch wegen des Mindestlohns. Dabei gibt es aber einen Freibetrag. Das heißt, das Einkommen wird nicht komplett auf das Bürgergeld angerechnet. Ob sich die Teilzeitarbeit lohnt muss jeder selbst entscheiden, höhere Freibeträge können aber Anreize schaffen. **Arbeit lohnt sich also immer. Man hat immer mehr, wenn man arbeitet** aufgrund des Freibetrags auf das Arbeitseinkommen, das nicht auf das Bürgergeld angerechnet wird. Es gibt zwar noch zusätzliche Sozialleistungen zum Bürgergeld, z.B. Heizkostenzuschuss, aber es gibt auch für Menschen mit niedrigem Arbeitseinkommen zusätzliche Leistungen, z. B. Wohngeld.

**Falschbehauptung 2: Man kann Bürgergeldempfänger, die nicht arbeiten wollen, hart bestrafen und so viele Milliarden einsparen.**

Wie bereits oben erwähnt, kann die Politik das Bürgergeld nicht beliebig kürzen oder

## Unsere Bundestagskandidatin: Katharina Räth

Katharina Räth, Gewerkschaftssekretärin, 41 Jahre, ist unsere Kandidatin für den Deutschen Bundestag. Geboren in Schweinfurt, hat sie in Würzburg Geschichte und Germanistik studiert und im Anschluss unter anderem im Wein-tourismus gearbeitet. Heute stellt die Würzburgerin sich und ihre Motivation vor:

**Warum engagierst du dich in der SPD?** Ziel der SPD ist es, gemeinsam eine gerechte und zukunftsfähige Politik zu gestalten, die die Mitte der Gesellschaft im Blick hat. Deswegen mache ich Politik. Sie ist die Partei der Arbeit und die Stimme der Menschen, die tagtäglich unser Land am Laufen halten. Als Gewerkschaftssekretärin sind mir die Rechte der Arbeitnehmenden besonders wichtig.

**Wofür möchtest du dich im Deutschen Bundestag einsetzen?**

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass soziale Gerechtigkeit, ein bezahlbares Leben und wirtschaftliche Stabilität im Mittelpunkt unserer Politik stehen.



Die Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Digitalisierung, demographischer Wandel – müssen wir fair und sozial gestalten, damit Arbeitsplätze gesichert sind und Wohlstand erhalten bleibt. Mir liegt besonders am Herzen,

dass die Menschen, die unser Land tragen, gehört werden: Arbeitnehmende, die jeden Tag ihr Bestes geben, Familien, die Kinder erziehen, oder diejenigen, die sich um Angehörige kümmern. Ihr Leben möchte ich erleichtern – durch eine stabile Rente, bezahlbaren Wohnraum und einen Ausbau der Infrastruktur.

**Was ist ein Projekt, für das du dich in der Region Würzburg konkret einsetzen möchtest?**

Viele Azubis, die für ihre Ausbildung von zuhause ausziehen müssen, kämpfen mit den hohen Lebenshaltungskosten, insbesondere durch steigende Mieten. Für diese jungen Leute wird eine Ausbildung zu einem kostspieligen Privileg, was nicht sein sollte. Denn: gerade angesichts des Fachkräftemangels brauchen wir sie dringend! Die Stadt München geht hier einen neuen Weg und hat ein Azubiwerk gegründet, das Auszubildende gezielt unterstützt und günstigen Wohnraum anbietet – eine tolle Initiative, die meiner Meinung nach auch in unserer Region umgesetzt werden sollte. Azubis verdienen ebenso wie Studierende die nötige Unterstützung!



gar ganz streichen. Zu den Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2019, das

sich mit einem menschenwürdigen Existenzminimum allgemein beschäftigt und das deshalb auch für Bürgergeldempfänger

gilt. Das Urteil betont, dass **jede** Person Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum habe, auch wenn sie sich „vermeintlich unwürdig“ verhalte. Kürzungen oder Komplettstreichungen sind deshalb nur in sehr engen Grenzen möglich. Man kann das gut finden oder nicht: Es ist so. Das Thema, das hier bewusst geritten wird, geht deshalb doppelt an der Realität vorbei: Im Jahr 2023 wurden lediglich 130.000 Bürgergeldempfängern (von ca. 4 Millionen erwerbsfähigen Empfängern) das Bürgergeld gekürzt, den allermeisten hiervon, weil Mitwirkungspflichten verletzt wurden. Z.B. wurden Meldefristen verpasst. Nur ein kleiner Teil, ca. 20.000, stellen hartnäckige Totalverweigerer dar, die Arbeitsangebote ständig ablehnen. Diese seltenen Extremfälle werden von CDU und CSU bewusst so dargestellt, als seien sie repräsentativ für das gesamte Bürgergeldsystem. **Wer die Ausnahme zur Regel erklärt, ist weder seriös noch anständig noch christlich.** Und hier möchten Merz, Linnemann und Co. ca. 10 Mrd. Euro rausholen, um die Steuersenkungen für Bestverdiener zu finanzieren? **Sollte man nicht eher die Superreichen stärker besteuern, als bei den Ärmsten ein paar Krümel zusammenzukratzen?**